

**Entkriminalisierung des Cannabiskonsums prüfen,** Seite 5



**SPD fragt nach in Sachen Binder / Bieger,** Seite 6



**Ausbau der Regiobahn Frühjahr 2021 fertig**

Seite 7



**■ Umgesetzt I.: SPD-Forderung nach Alternativen zu 'Coffee-to-go'-Einwegbechern,** Seite 2.

Der Bergische Pfandbecher ist da.



**■ Umgesetzt II.: Schulsekretariatsstunden werden aufgestockt,** Seite 3.

Endlich wird sich die Lage im Primarbereich etwas entspannen.



**■ Unbefriedigend: Wiedereinführung der Baumschutzsatzung,** Seite 4.

Weder bürgerfreundlich, noch sinnvoll.

## Beschlossen: Flächen für Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB)

„Wer heute Entscheidungen vermag, muss sich nicht wundern, wenn er morgen von den Entwicklungen überrollt wird“, so die Reaktion von Klaus Jürgen Reese, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, auf die Beantragung der Vertagung des Punktes „Stellungnahme der Stadt Wuppertal zum Erarbeitungsverfahren der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf.“ Die SPD-Fraktion begrüßt, dass mit 61,5 Prozent der anwesenden Stadtverordneten der Rat der Stadt Wuppertal die von CDU, Grünen und Freien

Wählern beantragte Vertagung der Stellungnahme der Stadt zur ersten Änderung des Regionalplans in seiner letzten Sitzung abgelehnt hat.

Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende des Regionalrates, Klaus Jürgen Reese: „Da die Frist zur Abgabe der kommunalen Stellungnahmen Ende September abließ, wäre eine Vertagung einer Ablehnung der Stellungnahme gleichgekommen. Damit hätte sich Wuppertal seiner Mitwirkung an dem Erarbeitungsverfahren beraubt. Wer jetzt

suggestiert, wie es die bei der Abstimmung unterlegenen Fraktionen tun, dass dadurch auf den potentiellen Siedlungsflächen morgen die Bagger anrollen, verdreht das Planungsrecht nach Belieben oder hat schlichtweg keine Ahnung davon.“

### Bevölkerungszahlen steigen

Zum weiteren Hintergrund: Nach Angaben des Landesbetriebs Statistik und IT-Dienstleistungen werden die Bevölkerungszahlen in den Großstädten des Regierungsbezirkes – auch in Wuppertal – weiter zunehmen. Dadurch

**Fortsetzung auf S. 2**



Wuppertal benötigt in den kommenden 20 Jahren einen Mehrbedarf von insgesamt rund 15.000 Wohneinheiten.

## Fortsetzung von S. 1

wird Wuppertal in den kommenden 20 Jahren einen Mehrbedarf von rund 15.000 Wohneinheiten haben. Davon sind durch eine Innenentwicklung 10.000 Einheiten darstellbar. Die verbleibenden 5.000 Einheiten sollen in siedlungsnahen Bereichen, insbesondere gut angebunden an den Nahver-

kehr und flächenschonend, planerisch dargestellt werden. Deren potentielle Entwicklung erfolgt selbstredend unter der Ägide des kommunalen Planungsrechtes.

### Thema Wohnungsnot birgt sozialen Sprengstoff

Klaus Jürgen Reese abschlie-

ßend dazu: „Flächen- und Wohnungsbaupolitik darf den Dreiklang von Ökologie, Soziales und Ökonomie nicht aus den Augen verlieren. Abstrakte Diskussionen über die Tatsache, dass in Deutschland Wohnraum ein handelbares Gut ist, kann man führen. Die wirksamste aller Mietpreisbremsen ist

aber die Schaffung von Wohnraum. Dies wollen wir selbstverständlich durch eine ressourcenschonende Flächenpolitik erreichen und dabei nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, welche großer sozialer Sprengstoff in dem Thema Wohnungsnot enthalten ist.“

## Erfolgreicher SPD-Antrag: Der Bergische Pfandbecher ist da



Schlicht im Design, aber gut für die Umwelt - der Bergische Pfandbecher.

„Wir freuen uns über die Einführung des Bergischen Pfandbechers“, erklärt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, anlässlich der Vorstellung des neuen Pfandsystems, zu der der Obermeister der Bäckerinnung, Dirk Polick, eingeladen hatte. „Bereits im Februar 2017 hatte der Umweltausschuss die Verwaltung auf einen Antrag unserer Fraktion hin beauftragt, ein Konzept für ein freiwilliges Pfandsystem für Coffee-to-go-Becher zu

prüfen. Umso erfreulicher ist es, dass nun das Bergische Pfandsystem - ein gemeinsames Projekt mit Unterstützung vieler Beteiligter aus den Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid - offiziell eingeführt wurde. Von nun an ist es möglich, den gelben Becher gegen einen Pfand von einem Euro mit einem Getränk zu erhalten und den Becher in allen Geschäften der Kooperationspartner zurückzugeben oder neu auffüllen zu lassen. Die Einführung des Ber-

gischen Pfandbechers ist der richtige Schritt in Richtung einer konsequenten und ressourcenschonenden Klimapolitik“, so Frank Lindgren weiter.

### Ressourcenschonendes Pfandsystem

„Es ist schon verblüffend, wie viel Müll durch den Einsatz von Kaffee-Einwegbechern entsteht. Ressourcenschonendes Verhalten sieht anders aus. Daher freuen wir uns besonders, dass diejenigen, die auch den Kaffee verkaufen, dieses umweltfreundliche System nun federführend umsetzen. Damit das Pfandsystem sinnvoll ausgebaut und stabilisiert wird, hoffen wir, dass sich in Zukunft noch mehr Bäckereien und Cafés dem Bergischen Pfandsystem anschließen werden. Und natürlich drücken wir die Daumen, dass es auch von den Verbraucherinnen und Verbrauchern gut angenommen wird“, fasst der umweltpolitische Sprecher abschließend zusammen.

### Faktencheck: Kaffee-Einwegbecher

Mit einer geschätzten Lebensdauer von 15 Minuten belegt der Kaffee-Einwegbecher Platz eins unter den größten Verbrauchsmaterialien, gefolgt von der Plastiktüte mit einer geschätzten Lebensdauer von etwa 25 Minuten. Rechnet man die to-go-Behälter für Kaffee mitsamt Zubehör wie Deckel und Rührstäbchen zusammen, kommt man allein in Deutschland auf rund 106.000 Tonnen Müll pro Jahr.

Für die Herstellung des Papiers von Kaffee-Einwegbechern werden in Deutschland zusätzlich noch etwa 320 Millionen kWh Strom pro Jahr benötigt. Mit dieser Energie könnten mehr als 100.000 Musterhaushalte ein Jahr lang mit Strom versorgt werden.

## Gemeinsamer Antrag: Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern mit vereinten Kräften bekämpfen

„Das Thema Fachkräftemangel in der KiTa-Landschaft geht uns alle an. Deshalb freut es mich sehr, dass es uns gelungen ist, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) sowie fast allen demokratischen Fraktionen im Jugendhilfeausschuss einen gemeinsamen Antrag zur Verbesserung der Situation einzubringen“, erklärt die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Renate Warnecke.

### Konzertierte Aktion

„Der Fachkräftemangel bei staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern

macht sich in fast allen Wuppertaler Kindertagesstätten deutlich bemerkbar, und zwar vollkommen trägerunabhängig. Umso mehr begrüße ich diese konzertierte Aktion und das klare Bekenntnis aller Beteiligten, sich nicht gegenseitig die Bewerberinnen und Bewerber abzujagen. Der nun vorliegende Forderungskatalog ist nicht nur ein Appell an Bund und Land sondern beinhaltet auch ganz konkrete Handlungs- und Verbesserungsvorschläge, wie z.B. die Aufnahme des Berufes des staatl. anerkannten Erziehers in den Umschulungskatalog der Jobcenter“, ergänzt Dilek Engin, Sprecherin der SPD-Fraktion

im Jugendhilfeausschuss.

„Erst wenn der Beruf offiziell als Mangelberuf anerkannt ist, kann dieser auch als solcher entsprechend gefördert werden. Eine weitere Forderung ist die Einführung einer BAföG-Finanzierung.

### Entscheidungshilfe BAföG

Die Möglichkeit BAföG zu erhalten, wäre sicherlich für den ein oder anderen potentiellen Azubi eine konkrete Entscheidungshilfe. Diese,



Der Fachkräftemangel ist in fast allen Wuppertaler KiTas zu spüren.

Bild: Adobe Stock

und noch einige andere konkrete Verbesserungsvorschläge, haben wir als gemeinsamen Forderungskatalog an Bund und Land erarbeitet und hoffen nun, dass wir dort auch zügig Gehör finden“, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Renate Warnecke, abschließend.

## SPD-Forderung umgesetzt: Schulsekretariatsstunden werden aufgestockt

„Mindestens sechs weitere Stellen werden für die städtischen Schulsekretariate im Primarbereich im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt – das hat die Verwaltung nun auch im Rahmen ihrer Haushaltseinbringung so eingeplant. Insbesondere im Bereich der Grundschulen war die Situation sehr angespannt. Mit der anstehenden Ausweitung der Stundenzahl wird sich hier die Lage nun verbessern“, erläutert Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung.

„Auf unsere Initiative hin haben wir gemeinsam mit der Ratsgruppe DCW im

Frühjahr dieses Jahres den Antrag gestellt, die Schulsekretariatsstunden auf den tatsächlichen Mehrbedarf um 6,78 Vollzeitkräfte auszuweiten. Es ist gut, dass die Fachverwaltung diese Forderung nun beim Kämmerer fast vollständig durchgesetzt hat, denn so konnte es schlichtweg nicht weitergehen. Auf der einen Seite stehen der weitere Ausbau, der wachsende Bedarf an Offenen Ganztagsplätzen, das Thema Inklusion und die nach wie vor steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Auf der anderen Seite stagniert aber seit Jahren die Anzahl der Stunden in den Schulsekretariaten. Jetzt gibt

es endlich ein Licht am Ende des Tunnels“, ergänzt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Servet Köksal, ebenfalls Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung.

### Belastungsgrenze überschritten

„Vor allem die Kolleginnen und Kollegen in den Schulsekretariaten können nun aufatmen, denn die Belastungsgrenze war ja im Grunde schon überschritten. Noch Anfang des Jahres erklärte die Fachverwaltung auf unsere Anfrage hin, dass Wuppertal im interkommunalen Vergleich die ‚rote Laterne‘ bei den Schulse-

sekretariatsstunden tragen würde. Wir sind zufrieden, dass wir mit unserer Antragsinitiative dazu beitragen konnten, dass sich die Situation in den Schulsekretariaten bald verbessern wird“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Renate Warnecke, abschließend.



Situation in den Schulsekretariaten wird besser.

Bild: Adobe Stock

## Guido Grüning neuer Fraktionsvorsitzender – Iris Preuß-Buchholz wird stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Die neue Fraktionsspitze im Bergischen Rat (v.l.n.r.): York Edelhoff, Iris Preuß-Buchholz u. Guido Grüning

Guido Grüning ist von der SPD-Fraktion im Bergischen Rat einstimmig zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Der 52-jährige Guido Grüning folgt auf

Renate Warnecke, die den Fraktionsvorsitz im Bergischen Rat vereinbarungsgemäß ein Jahr vor Ende der Ratsperiode niederlegte.

Die neue Fraktionsspitze im Bergischen Rat wird durch Iris Preuß-Buchholz, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Solingen, ergänzt. York Edelhoff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid, komplettiert als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Bergischen Rat die Fraktionsspitze. Guido Grüning dank-

te nach der Wahl für das Vertrauen, welches ihm entgegengebracht wurde und führte aus: „Darauf ankommen wird es, wie wir weiter die Identität des Bergischen Rates stärken. Als ein exponiertes Gremium der ‚Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH‘ wollen wir dieses Gremium auch weiter mit eigenen Impulsen stärken. Unsere Initiative für eine moderne Verkehrsinfrastruktur im Bergischen Städtedreieck ist dafür ein Beleg und unter anderem wollen wir diese Initiative ausbauen.“ Guido Grüning

ist Gewerkschaftssekretär und leitet das Wuppertaler Büro der DGB-Region Düsseldorf – Bergisch Land.

### Bergisch durch und durch

Als Mitglied verschiedener bergischer Gremien, u.a. dem AOK-Regionalbeirat, dem Bergischen Fachkräftebündnis oder dem Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur Solingen-Wuppertal ist Grüning täglich mit Themen aus dem Bergischen Städtedreieck beschäftigt und sieht sich damit als Bergischer durch und durch.

## SPD-Ratsfraktion: Bürger- und baumfreundlich ohne Satzung

„Im Zusammenhang mit der Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung in Wuppertal von Bürgerfreundlichkeit zu sprechen, wie es die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen tun, darin sehen wir einen Widerspruch. Wir können weiterhin keinen triftigen Grund erkennen, der für die Wiedereinführung einer solchen Satzung spricht“, erklärt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Die auf Drängen des sog. ‚schwarzgrünen Kernbündnisses‘

(KeBü) von der Verwaltung erarbeitete ‚bürgerfreundliche‘ Baumschutzsatzung war dem Umweltausschuss und dem Rat vorgelegt worden und ist von diesen Gremien mehrheitlich verabschiedet worden. Die SPD-Ratsfraktion stimmte gegen die Wiedereinführung einer solchen Satzung. Frank Lindgren weiter: „Die Fakten sprechen gegen eine neu aufgelegte Baumschutzsatzung. Auch die Fachverwaltung hat mehrfach seit Abschaffung der letzten Baumschutzsatzung in 2006 auf-

### Parteilpolitische Zwänge versus Sachlichkeit

Klaus Jürgen Reese, Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion, ergänzt: „Dass die Grünen auf der Klimaschutzwelle reiten und die Baumschutzsatzung als ihr Klimaschutzprojekt verkaufen, ist nichts Neues. Aber dass nun auch die CDU für eine neue Baumschutzsatzung mitmischte, kann nur auf Verpflichtungen, die aus dem sog. KeBü resultieren, basieren. Denn in 2016 klang das noch ganz anders, als die CDU presseöffentlich mitteilte, dass die Abschaffung der Baumschutzsatzung in 2005 als ‚bürger- aber auch baumfreundliche Entscheidung‘ bewertet werde und die ‚Ergebnisse rückblickend so überzeugend‘ seien, dass ‚von einer Wiedereinführung der Satzung abgeraten‘ werde. Aktuell erklärt die

CDU nun das genaue Gegenteil, nämlich dass die Wiedereinführung einer solchen Satzung bürger- und baumfreundlich sein soll. Erstaunlich, dass sich innerhalb von drei Jahren das Blatt dermaßen wenden kann. Wir können uns nur wundern“, so Klaus Jürgen Reese weiter.

### Satzung ist überflüssig und fördert Bürokratie

Zum Abschluss verdeutlicht Frank Lindgren: „Wir orientieren unsere Politik weiterhin an sachlichen Kriterien und bleiben dabei: Bürgerfreundlich geht anders; Wuppertalerinnen und Wuppertaler sind in der Vergangenheit rücksichtsvoll und wertschätzend mit ihren Bäumen umgegangen und benötigen keine bürokratischen Strukturen für den Schutz ihrer Bäume.“



Alles andere als bürgerfreundlich - die wiedereingeführte Baumschutzsatzung.

Bild: Adobe Stock

gezeigt, dass das Fehlen der Satzung keine nachteiligen Effekte auf den Baumbestand in Wuppertal bewirkte, und hatte entsprechend von einer Wiedereinführung abgeraten.

## SPD-Ratsfraktion: Entkriminalisierung des Cannabiskonsums prüfen



Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion

Im Hinblick auf den SPD-Antrag im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, der ursprünglich u.a. gemeinsam mit den Grünen eingebracht werden

und die vorherige Grünen-Resolution ersetzen sollte, erklärt der Stadtverordnete Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Die Resolution der Grünen, ein Modellprojekt zum Thema Cannabiskonsum nach Wuppertal zu holen, wurde eingehend von allen zuständigen Gremien und Fachstellen in Wuppertal geprüft und als für nicht durchführbar befunden. Dies hatten auch die Grünen eingesehen. Mit unserem Antrag möchten wir erreichen, dass die Bundespolitik aufgefordert wird, das geltende Recht in Bezug auf Cannabis

auf den Prüfstand zu stellen. Ziel ist die Entkriminalisierung des Konsums von Cannabis.“

### CDU als Bremsklotz

Thomas Kring weiter: „Leider war die Fraktion der Grünen nach nun fast einem Jahr Beschäftigung mit dem Thema - nicht in der Lage, einen Beschluss zu fassen. Ich kann nur mutmaßen, dass der ‚Kernbündnispartner‘ CDU hier der Bremsklotz ist“, führt Thomas Kring weiter aus.

Die Stadtverordnete Ulrike Fischer, ebenfalls Mitglied im Ausschuss für Soziales,

Gesundheit und Familie, ergänzt: „Unser Antrag fußt auf einer Empfehlung der Fachgruppe Sucht der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung in der Stadt Wuppertal. Ebenso unterstützt die ortsansässige Elterninitiative für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik unseren aktuellen Antrag ausdrücklich. Auch sie hatten das geplante Modellprojekt der Grünen abgelehnt. Eine mögliche Legalisierung des Cannabiskonsums kann allein auf Bundesebene geprüft werden. **Fortsetzung auf S. 7**

## SPD-Fraktion vor Ort am Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium: WDG präsentiert sich als moderner und kindgerechter Lernort

„Wenn ich noch einmal zur Schule gehen dürfte, würde ich mich am Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium (WDG) sicher wohlfühlen. Empfangen wird man nicht nur von freundlichen Schülerinnen und Schülern in einem schönen neuen Gebäude, sondern auch von Chamäleons, Fischen und kleinen Wasserschildkröten im Foyer. Da wird doch gleich die Neugier auf die Wissenschaft geweckt“, erklärt Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung und stellv. Fraktionsvorsitzende, anlässlich eines Fraktion-Vor-Ort-Besuches am Johannisberg.

### Starke Identifikation durch ‘Phase Null’

„Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die starke Einbindung der Schulgemeinschaft in die Planungen des neuen WDG, der sogenannten ‘Phase Null’, in besonders hohem Maße identitätsstiftend gewirkt

hat. Die Schülerinnen und Schüler vermitteln ein starkes Gefühl der Wertschätzung für ihr neu gestaltetes Lernumfeld - das ist schön zu sehen. Dass so viele kleinere und größere Anregungen aus der Schülerschaft auch tatsächlich umgesetzt wurden, wie z.B. die kleinen Schwebebahnwaggons als gemütliche Sitzecken, ist in diesem Zusammenhang sicherlich ganz wesentlich.

### Integrierter Quartiersraum

Besonders gelungen finde ich außerdem die Idee, einen Quartiersraum in die Schule zu integrieren. Damit geht die Schule ganz bewusst und offensiv in den Austausch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers. Das ist sicherlich eine Bereicherung für beide Seiten und ich bin sehr gespannt, welche Früchte dieser Austausch noch tragen wird“, so Renate Warnecke abschließend.



Vor allem die gemütlichen Schwebebahn-Sitzecken hatten es den Mitgliedern der Fraktion angetan - eine Sitzmöbel-idee aus den Reihen der Schülerschaft.

## SPD-Fraktion fragt nach: Informationen über Adolphe Binder im Auftrag städtischer Mitarbeiter verbreitet?



Der Schaden für den Ruf des Kulturstandorts Wuppertal, aber auch für den Arbeitgeber Stadt Wuppertal insgesamt, ist leider schon jetzt enorm.

„Diverse Medienberichte legen nahe, dass leitende Mitarbeiter der Wuppertaler Stadtverwaltung den Auftrag erteilt haben sollen, im Vorfeld der Kündigung der damaligen Intendantin des Tanztheaters Wuppertal Pina Bausch, Adolphe Binder, Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen, mit dem Vorsatz, das Image von Frau Binder zu schädigen. Daher haben wir im Kulturausschuss eine Große Anfrage gestellt“, erläutert Bürgermeisterin Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion. „Wir wollten wissen, ob der PR-Berater Ulrich Bieger von Mitarbeitern der Stadtverwaltung einen entsprechenden Auftrag erhalten hat und wenn ja, von wem und wann er beauftragt wurde und welche Kosten der Stadt Wuppertal für diese mögliche Beauftragung entstanden sind. Die Antwort der Verwaltung war jedoch eher spärlich und konnte kaum zur Klärung des Sachverhalts beitragen“, erklärt Ursula Schulz weiter.

Klaus Jürgen Reese, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, ergänzt: „Schenkt man den Medienberichten, die auf den Aussagen des PR-Beraters Ulrich Biegers beruhen, Glauben, sollen im Vorfeld der Kündigung Adolphe Binders mehrere Treffen, u.a. mit Vertretern der Wuppertaler Verwaltungsspitze, stattgefunden haben, in denen die Vorwürfe gegen Frau Binder gesammelt worden seien.“

### Vorsatz der Rufschädigung?

Dies soll mit dem Vorsatz geschehen sein, den Ruf von Adolphe Binder im Vorfeld der Kündigung in der Öffentlichkeit zu schädigen. Herr Bieger sei dann im Rahmen eines solchen Treffens beauftragt worden, die zusammengetragenen schädigenden Informationen an ausgewählte Medienvertreter weiterzugeben. Eine Anzeige gegen Unbekannt, die das Wuppertaler Tanztheater wegen des Verrates von Geschäftsgeheimnissen anschließend stellte, führte nicht zur Einleitung eines

Ermittlungsverfahrens, da es laut Staatsanwaltschaft keinen Geheimnisverrat gab. Dies wiederum legt den Verdacht nahe, dass ein solcher Auftrag tatsächlich erteilt worden ist. Die Verwaltung verneint zwar, einen solchen Auftrag aktiv erteilt zu haben, lässt aber offen, ob sie es billigend in Kauf genommen hat, dass Herr Bieger Informationen an die Medien durchsticht. Die Stadtspitze muss nun endlich für Transparenz und Aufarbeitung des Falls sorgen. Der Schaden für den Ruf des Kulturstandorts Wuppertal, aber auch des Arbeitgebers Stadt Wuppertal ist schon jetzt enorm.“

### Lückenlose Aufklärung

Bürgermeisterin Ursula Schulz ergänzt: „Wir erwarten eine lückenlose Aufklärung dieses für einige Personen extrem belastenden Sachverhalts. Die aktuelle Verwaltungsantwort konnte dazu nicht beitragen. Die Verwaltung wird sich also weitere Fragen von uns gefallen lassen müssen.“

### Hintergrund

Der im Jahr 2017 eingestellten, früheren Intendantin und künstlerischen Direktorin des Ensembles des Tanztheaters Wuppertal Pina Bausch, Adolphe Binder, war Mitte des Jahres 2018 fristlos gekündigt worden. Als Gründe waren u.a. ein unvollständiger bzw. nicht umsetzbarer Spielplan und Fehlverhalten gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeführt worden. Frau Binder zog gegen die Kündigung vor Gericht und bekam Recht. Das Landesarbeitsgericht (LAG) in Düsseldorf hat bestätigt, dass ihre Kündigung unwirksam ist. Erst in einer weiteren Verhandlung (vrsI. Anfang 2020) wird darüber entschieden, ob Adolphe Binder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren darf. Dass sie das will, hat sie nochmals deutlich gemacht. Allerdings wurde mit Bettina Wagner-Bergelt bereits im November 2018 eine neue Intendantin in Wuppertal engagiert.

## Fortsetzung von S. 5

Das, was wir auf kommunaler Ebene sinnvollerweise tun können, ist die Bundesebene aufzufordern, in diesem Sinne tätig zu werden und den öffentlichen Diskussionsprozess für einen

bewussten Umgang mit Drogen in Gang zu halten. Genau darauf zielt unser Antrag ab.“

**KeBü entscheidungsunfähig**  
„Schade, dass die Grünen

hier blockiert haben und sich der Ausschuss ein weiteres Mal mit der Thematik auseinandersetzen muss. Wir hoffen auf eine rasche, sachdienliche Beschlussfassung, und dass sie nicht wegen der

Entscheidungsunfähigkeit des sog. schwarzgrünen Kernbündnisses weiter auf die lange Bank geschoben wird!“, so Kring abschließend.

## Gute Nachrichten: Ausbau Regiobahn im Frühjahr 2021 fertig

„Der Ausbau der Regiobahn, und damit die Verlängerung der Bahnstrecke bis Wuppertal, wird voraussichtlich im Frühjahr 2021 fertig sein. Dann wird Wuppertal über eine weitere attraktive und klimaschonende Nahverkehrsverbindung verfügen“, erklärt Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, im Nachgang zu einem Vor-Ort-Termin der SPD-Ratsfraktion.

Stefan Stach, Geschäftsführer der Regionale Bahnge-

sellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH (kurz: Regiobahn), erläuterte bei diesem Termin den Stand der Bauarbeiten und die Gründe für die Verschiebung des Fertigstellungstermins. Er stellte dar, dass der Bau einer neuen Bahnstrecke in einer Region wie es das Niederrheinische ist, immer wieder vor neuen Herausforderungen stehe. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke, die Absenkung der Bahnsteige,

die Plan- und die Ausschreibungsverfahren seien einige der Gründe, warum der Anschluss über Dornap bis zum Wuppertaler Hauptbahnhof erst in rund ein- und einhalb Jahren realisiert werden könne.

### Investition in zukunftsorientierte Infrastruktur

Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, führt abschließend aus: „Wir hoffen, dass der Termin Frühjahr 2021, zu

welchem die Verlängerung in Betrieb gehen soll, Bestand haben wird. Ich bin davon überzeugt, dass hier in eine Infrastruktur investiert wird, die auch bei allen kommenden Veränderungen der Mobilitätsformen Zukunft hat. Der schienengebundene Nahverkehr, insbesondere mit dem elektrifizierten Ausbau, ist eine solche zukunftsorientierte Infrastruktur.“



Stefan Stach, Geschäftsführer der Regiobahn, erläutert den Mitgliedern der Fraktion die Schwierigkeiten beim Bau der neuen Bahntrasse.



Wird hoffentlich im Frühjahr 2021 ins Streckennetz aufgenommen: Der Haltepunkt Wuppertal-Dornap.

## Rückblick: Ferieninformationstermine der Fraktion 2019



Fraktionsvorsitzender Klaus Jürgen Reese erklärte nach einem Vor-Ort-Termin im Freibad Mählersbeck: „Im städt. Haushalt sind 5 Mio. Euro für die Sanierung bereitgestellt. Ergänzt wird diese Summe durch 4 Mio. Euro, die unser Bundestags-

abgeordneter Helge Lindh erfolgreich eingeworben hat. Die Bundesmittel müssen bis Ende 2022 verbaut worden sein. Entsprechend muss das GMW die Planungen jetzt so konkretisieren, dass diese Zeitvorgabe eingehalten werden kann.“

„Der Umbau dieses stadt-bildprägenden Bauwerks ist wirklich gelungen und wahrlich nicht nur von außen ein echter Hingucker“, erklärte Klaus Jürgen Reese im Rahmen eines Informationstermins beim Gaskessel in Heckinghausen. „Wuppertal hat mit

diesem nun fertig umgebauten Industriedenkmal eine tolle Freizeitattraktion dazu gewonnen. Ich bin beeindruckt von der Umsetzung und ganz besonders vom Rundumblick über Wuppertal“, stellte der Fraktionsvorsitzende abschließend fest.

## Kommentar des Fraktionsvorsitzenden Klaus Jürgen Reese

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

gesellschaftliche Meinungs-bilder (neudeutsch: Main-streams) kann man kritisieren, bedauern oder ablehnen. Ein Bestimmungsmerkmal dieser Entwicklungen ist aber nun, dass sie große Teile der Gesellschaft erfassen und von diesen getragen werden. Von daher wird auch Politik mit solchen Trends immer umgehen müssen.

Politik will und kann sich nicht in das Private zurückziehen und für sich festhalten, dass sie solche Trends

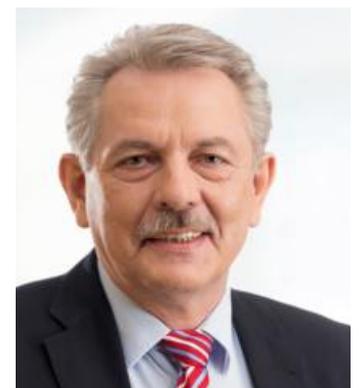
nicht beachtet. Politik muss den Willen haben, der verfassungsrechtlich auch festgeschrieben ist, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Dazu gehört für Politik dann auch selbstredend, dass sie sich den durch die Trends angestoßenen gesellschaftlichen Diskussionen stellt.

Nein, ich meine hier ausdrücklich nicht die Klimaschutzdebatte. Diese Debatte ist nicht neu. Nein, Klimaschutzziele gibt es nicht erst, seit Schülerinnen und Schüler für diese Ziele auf die Straße gehen. Denn, diese Debatte hat eine Quali-

tät und Intensität erreicht, dass sie aus meiner Sicht eine Nachhaltigkeit erlangt hat, der der Begriff Trend nicht gerecht wird.

Ja, der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Ja, der Klimawandel betrifft uns alle und muss von allen bewältigt werden. Und gerade deshalb müssen auch hier vor Ort in der und von der Kommunalpolitik alle Bevölkerungsschichten bei diesem Thema berücksichtigt werden. Wenn politische Entscheidungen Gewinner und Verlierer zur Folge haben, werden sich die Verlierer immer gegen diese Ent-

scheidungen wenden. Von daher werden wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer für die soziale und gerechte Bewältigung des Klimawandels einsetzen.



Herzlichst,  
Ihr Klaus Jürgen Reese